

Die Nahrungsmittelkrise als Chance

Die seit Herbst letztes Jahres herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die nicht minder schwere Nahrungsmittelkrise in den Hintergrund gedrängt. Sie hatte ihren Höhepunkt im ersten Halbjahr 2008, als die Preise für Grundnahrungsmittel um 180 Prozent stiegen und die Zahl der Hungernden von 854 auf 963 Millionen anwuchs. Zwar sind die Preise seither um die Hälfte gefallen, doch werden sie mittelfristig wieder steigen und damit die Nahrungsmittel zu teuer sein für die Armen dieser Welt. Von Entwarnung kann also keineswegs die Rede sein.

Die schlechte Nachricht ist, dass die Nahrungsmittelkrise nur Teil eines größeren Krisenkomplexes ist, der von Klima, über Wasser und Energie bis zu den Finanzen reicht. Jede dieser Krisen einzeln anzugehen, wird zu keiner nachhaltigen Lösung führen. Die gute Nachricht ist, dass verschiedene maßgebliche Akteure des UN-Systems dieses Problem erkannt haben und fordern, dass die Weltgemeinschaft konzertiert, kohärent und mit Weitblick handeln muss.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) sollte, so **Andrea Liese**, wenn sie wieder die Führungsrolle bei der Ernährungssicherung übernehmen will, ihre komparativen Vorteile, vor allem ihre breite Legitimationsbasis, in die Waagschale werfen. Solange die FAO diese Führungsrolle nicht übernehmen kann, werden andere Organisationen, wie die Weltbank, oder Zweckbündnisse, wie die ›Globale Partnerschaft‹ der G-8, es tun. Wer auch immer die Führung übernimmt, feststeht, dass neben der bereits angelaufenen Nothilfe die langfristigen Maßnahmen für eine nachhaltige Nahrungsmittelsicherheit in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. Sie sollten sich vor allem auf die finanzielle Förderung und soziale Absicherung der Kleinbauern konzentrieren, so **Hansjörg Strohmeyer**, Leiter des Unterstützungsteams der UN-Arbeitsgruppe für die weltweite Nahrungsmittelkrise.

Der so genannte Weltagrarrat (IAASTD) unterstützt diese Linie, fordert aber, wie es sein stellvertretender Vorsitzender **Hans Rudolf Herren** nennt, einen »radikalen Kurswechsel« in der Agrarpolitik: weg von der Massenproduktion mit hohem Einsatz an Düngemitteln, Pestiziden und genmanipulierten Pflanzen hin zu lokaler, umweltschonender und nachhaltiger Produktion. Das im Rahmen der UN entwickelte ›Recht auf Nahrung‹ kann den Regierungen im Zuge der Krise Orientierung bieten, so **Michael Windfuhr**. Auch wenn es noch nicht eingeklagt werden kann, steht in Kürze ein quasi-gerichtliches Beschwerdeverfahren zur Verfügung. Dies wird es Personen ermöglichen, Verletzungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, darunter das Recht auf Nahrung, durch ein UN-Gremium überprüfen zu lassen. Wie dies funktioniert, erläutert **Valentin Aichele**.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de